

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Umständen 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag. in

Inserate kosten die achtzeilige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das selbige Wort 50 Pf., jedes weiterer Wort 25 Pf., Genesungsanzeigen 30 Pf. Familien- und Vereinstätigkeiten fallen der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nach dem Friedensschluß.

Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen.

Versailles, 12. Juli.

Das „Journal Officiel“ wird morgen vormittag ein Dekret veröffentlichen, durch das die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gestattet wird.

Die Aufhebung der Blockade.

Berlin, 12. Juli.

Nach einer solchen hier eingetroffenen Mitteilung der deutschen Friedensdelegation in Versailles hat Clemenceau mitgeteilt, daß die Blockade heute aufgehoben worden ist.

Versailles, 12. Juli.

Der Oberste Rat der Alliierten hat sich in seiner Sitzung von gestern nachmittag mit der Frage der Aufhebung der Blockade im Anschluß an die Ratifikation des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung beschäftigt. Nachdem die Sachverständigen das Ratifikationsinstrument, das von der deutschen Friedensdelegation überreicht worden war, für gültig anerkannt hatten, hat der Oberste Rat der Alliierten beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 12. Juli, ab aufzuheben. Was Frankreich anbetrifft, so wird diese Maßnahme erst ausführbar sein, nachdem ein Erlaß im „Journal officiel“ veröffentlicht ist, der alle früheren Erlasse aufhebt, die die Blockade Deutschlands angeordnet haben. Der Rat wird heute die Frage der Aufhebung der Blockade Rußlands besprechen.

Der Erlaß für die Kriegsgefangenen.

Versailles, 11. Juli.

In der heutigen ersten Besprechung mit der vorbereitenden Wiedergutmachungskommission wurde von der Entente die Wöchentlichung von Arbeitskräften als die nächste und wichtigste Aufgabe bezeichnet. Es wurde dabei ausdrücklich betont, daß die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen nicht von der Überstellung dieser Arbeiter abhängig gemacht werden solle. Im Anschluß an diese Erklärung wurde aber sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es die vornehmste Pflicht Deutschlands sei, bei den zur Zeit von den Geangenen begonnenen Arbeiten eine Unterbrechung nicht eintreten zu lassen.

Clemenceau über den Vertrag.

Versailles, 12. Juli.

Vor der Friedenskommission der Kammer erklärte Clemenceau gestern, der Friedensvertrag sei auf dem Grundsatze aufgebaut, der Gerechtigkeit Genugtuung zu verschaffen, in deren Rahmen der ungescheiterte Krieg geführt worden sei. Der Grundgedanke des Vertrages sei, den Weltfrieden durch Vereinigung der vier alliierten und assoziierten Großmächte aufrechtzuerhalten. Um diesen großen Gedanken durchzuführen, hätten Opfer gebracht werden müssen. Der Vertrag müsse als geschlossenes Ganzes betrachtet werden. Er gebe Frankreich eine Macht, aus der es Nutzen ziehen könne, wenn es seine wirtschaftlichen Anstrengungen auf der Höhe erhalte, auf die es seine Tapferkeit gebracht habe. Frankreich müsse an dem Weltfrieden festhalten, aber versuchen, ihn im Sinne des Zusatzartikels von Vervains zu vervollkommen. Auf eine Anfrage Rathous erklärte Clemenceau, es sei charakteristisch für den Vertrag und müsse wie eine Befriedigung der Moral angesehen werden, daß die für den Krieg verantwortlichen Persönlichkeiten angeklagt und abgeurteilt würden; das sei eine Strafe und Wahrung zugleich. Die Entente werde davon nicht abgehen.

Aufhebung der wirtschaftlichen Abkommen mit Holland.

Amsterdam, 12. Juli.

„Algemeen Handelsblad“ meldet, daß die Alliierten die wirtschaftlichen Abkommen mit der niederländischen Regierung, mit dem niederländischen Ubergangsamt und mit der niederländischen Ausfuhrgesellschaft mit Wirkung vom heutigen Tage ab aufgehoben haben.

Aufhebung einer Zensurmaßnahme.

Stockholm, 12. Juli.

Laut Mitteilung an das schwedische Auswärtige Amt aus London ist die englische Zensur über die neutrale Post aufgehoben worden.

Ein Protest der amerikanischen Sozialisten.

Versailles, 12. Juli.

„Humanité“ veröffentlicht eine vom nationalen Exekutivkomitee der amerikanischen sozialistischen Partei angenommene Entschliessung. In ihr wird gegen den Friedensvertrag protestiert, der auf der Grundlage der 14 Punkte ausgesprochen worden sei, den man aber auf der Grundlage geheimer Verträge abgeschlossen habe. Aus der Friedenskonferenz

gingen fünf Großmächte hervor, die die Welt durch den Völkerbund beherrschen wollten. Trotz der Versprechungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten dem deutschen Volke mehrere Male gegeben habe, daß ihm keine Strafe auferlegt werden solle, wenn es seine militärischen Nachbarn fürge, habe man ihm einen Frieden angeboten, der das deutsche Volk durch mehrere Generationen in Hörigkeit bringe. Die unannehmliche Drohung der ehemaligen deutschen Militärdiktatur, England und Frankreich auszuhungern, werde jetzt gegen das deutsche Volk gerichtet, wenn es sich weigere, sich zu Sklaven der Alliierten machen zu lassen.

Die Erdroffelung der ungarischen Räteregierung durch die Entente.

Wien, 12. Juli.

Nach einer Mitternacht aus Bukarest verlautet, daß General Franke von der Friedenskonferenz die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjetungen erhalten habe. Franke werde an die Budapest Räteregierung eine letzte Mahnung richten mit der Aufforderung, sofort abzutreten und einer vom Volke freigeschickten Regierung Platz zu machen. Die Rote werde kurz besetzt sein, und sollte ihr nicht entsprochen werden, würde die militärische Aktion gegen Ungarn sofort aufgenommen werden.

Bevorstehende Auflösung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division.

Wie die „N. N. N.“ mitteilen, wird demnächst die Garde-Kavallerie-Schützen-Division aufgelöst. Sie soll in die einzelnen Reichswehrbrigaden eingegliedert und der Stab als solcher aufgelöst werden. Seine Mitglieder treten in den Brigadestab, in den Stab des Korps Lüttich oder in den Stab des Reichswehrministeriums über.

In dieser offiziellen Mitteilung können wir ergänzend noch folgendes hinzufügen. Schon seit einiger Zeit bestand ein heftiger Konflikt zwischen dem Korps Lüttich und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, der schließlich zu dem Entschluß führte, die Division aufzulösen resp. ihren Apparat in das Korps Lüttich einzugliedern. Daraufhin reichte der jähzornige Hauptmann Babst, Chef des Stabes der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, seinen Abschied ein. Dieser wurde ihm nicht bewilligt, worauf Hauptmann Babst einen dreimonatigen Urlaub nachsuchte, der ihm dann bewilligt wurde. Er versammelte darauf die Offiziere seines Stabes um sich und teilte ihnen mit, er gebe, weil er die jetzige Politik nicht mehr mitmachen könne, Er wolle es natürlich seinen Offizieren anheimstellen, ob sie sich seinem Schritt anschließen wollten oder nicht.

Die meisten Offiziere haben es zunächst abgelehnt, sich in das Korps Lüttich übernehmen zu lassen, und haben ebenfalls einen dreimonatigen Urlaub erhalten. General Ludendorff war vorher lebhaft bemüht gewesen, den Konflikt beizulegen und für die reiblose Überführung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in das Korps Lüttich zu sorgen. Wie wir hören, soll die Auflösung der Division am 20. d. M. erfolgen.

Der Wechsel im Reichswirtschaftsamt.

Herr Wissell ist nun doch nicht anders, übrig geblieben, als von seinem Posten zurückzutreten. Als die Notwendigkeit seines Austritts feststand, da ließ die Regierung erklären, daß ein Mann an seine Stelle treten würde, von dem man wahre Wunderdinge zu erwarten berechtigt sei. Wer ist dieser Mann? Herr Robert Schmidt, der Leiter des Reichsernährungsamts, dessen Leitung er kommissarisch weiter behalten soll.

Nach den bisherigen Leistungen Robert Schmidts ist nicht zu erwarten, daß er als Reichswirtschaftsminister besondere Erfolge zu entwickeln werde. Er kann wohl mit bürokratischem Fleiß die vorliegenden Aufgaben erledigen, aber für die Verwirklichung der dringenden sozialistischen Forderungen ist gerade er eine der unannehmlichsten Persönlichkeiten.

Die amtsliche Meldung.

Der Reichswirtschaftsminister Wissell und der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium von Roellen-dorf haben heute ihr Abschiedsgesuch eingereicht; ebenso Herr Baufur, Andreau, der dem Ministerium in Handels- und Finanzfragen ehrenamtlich zur Seite gestanden hat.

Eisenbahnerstreik in Portugal.

Lisbon, 11. Juli. (Meuter.)

Die Lage in Portugal verschlimmert sich beständig. Der Eisenbahnverkehr liegt vollständig still. Schienen sind aus den Schwellen gehoben, Tunneln verbarastert.

Die Grundrechte des Zentrums.

Das Kabinett Bauer, das eben in diesen Tagen auf eine dreiwöchige glorreiche Wirksamkeit zurückzusehen kann, schliddert aus einer Krise in die andere. Es ist genötigt, die beabsichtigte programmatische Erklärung vor den Nationalversammlung immer wieder hinauszuschieben, weil fortgesetzt neue Differenzen ausbrechen und seine Situation sich von Tag zu Tag verschlechtert. Der Mann, den Herr Wissell mit seiner Planwirtschaft verurteilt hat, ist noch nicht zugestopft, und schon hat sich eine neue Schwierigkeit erhoben, die dem Bestand der Regierung verhängnisvoll werden kann. Es handelt sich um die Grundrechte in der Verfassung. Das Zentrum legt größten Wert auf die alsbaldige Durchberatung dieser Grundrechte, die Sozialdemokratie hat es nicht so eilig und mißt der Aufnahme eines besonderen Katalogs von verfassungsmäßig garantierten Rechten der deutschen Staatsbürger überhaupt keine große Bedeutung bei.

Das Thema, über das hier gestritten wird, ist unter staatsrechtlichem Gesichtspunkt nicht uninteressant. Von den Vereinigten Staaten von Amerika her ist über das Frankreich der Revolution die Idee der unerschütterlichen und unantastbaren Grundrechte in die im 19. Jahrhundert geschaffenen europäischen Verfassungen übergegangen. Die wichtigste und bemerkenswerteste Ausnahme bildete das Deutsche Reich des Fürsten Bismarck, und diesem Beispiel folgend verzichtete auch der Entwurf der republikanischen Regierung darauf, bestimmte Ansprüche von Einzelpersonen oder Gemeinschaften durch eine feierliche Erklärung besonders hervorzuheben.

Erst die Verfassungskommission der Nationalversammlung ist zu dem alten Brauch zurückgekehrt, aber, wie man auch zu dem Prinzip als solchem stehen mag, so ist das, was sie zurückgebracht hat, in mehr als einer Beziehung höchst unvollkommen. Um möglichst vielen Wünschen zu genügen, hat man in die Grundrechte die verschiedensten Dinge hineingepackt, und wo die Meinungen der einzelnen Parteien einander gegenüber standen, half man sich mit unklaren und unwahrscheinlichen Phrasen.

Ueber den Gegenstand wird sich noch mancherlei sagen lassen. Jetzt aber muß zunächst einmal festgestellt werden, daß der Konflikt, der der Regierung Kopfzerbrechen verursacht, mit dem Prinzip als solchem nichts zu tun hat. Das Zentrum begeistert sich für die Grundrechte nicht aus irgendwelchen allgemein verfassungsmäßigen Erwägungen heraus und noch weniger aus Begeisterung für Menschen- und Bürgerfreiheit, sondern nur, weil es durch sie die Erfüllung seiner kirchlichen- und schulpolitischen Forderungen sicherstellen will.

Es geht ihm vor allem um die Ratifizierung seines mit den Mehrheitssozialisten in der Regierung abgeschlossenen Kompromisses, nach dem auf dem Gebiete der Volksschule die im Augenblick der Verkündung der neuen Verfassung bestehenden Verhältnisse nicht geändert werden sollen. Das bedeutet, daß das Reich an dem System der Konfessionsschule nicht rüttelt, sondern noch wie vor die Einzelstaaten den Charakter der Schule zu bestimmen haben.

Nach allem Anschein macht sich in den Reihen der Reichssozialisten gegen diese Vereinbarung, die allem, was die Sozialdemokratie vor dem Kriege angestrebt und vertreten hat, schmerzhaft zuwider läuft, denn doch einige Opposition geltend, und die Unzufriedenen möchten am liebsten den ganzen Grundrechte-Katalog als überflüssigen Ballast behandeln, um auf diese Weise die Partei vor einer verhängnisvollen Festlegung in der wichtigen Kulturfrage zu bewahren.

Aber die Sache ist leider nicht so einfach. Die Artikel bestehen auf ihrem Schein. Sie erklären, es gebe für sie nicht sowohl um eine Rechts- als um eine Gewissensfrage. Sie drohen ganz offen mit dem Bruch. Und was soll geschehen, wenn diese Drohung wahrgemacht wird?

Jetzt stellt sich die ganze erbärmliche Schwäche der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung klar heraus. Sie muß in den wichtigsten und grundlegendsten Fragen auf die Durchführung ihres Programms verzichten, wenn sie nicht auf das tote Gleis geraten will. In der Stunde, in der sie sich mit bürgerlichen Parteien zur Regierung zusammantut, hat sie sich selbst zugestanden. Ihre Gesellschafter wurden ganz naturgemäß ihre Herren. Sie war, selbst wenn sie über den besten Willen verfügt hätte — über einen viel besseren als sie tatsächlich befaß — nicht mehr in der Lage, die Ertragskosten der Revolution zu sichern oder anzubauen.

Zuerst sieht sich dieser Zusammenbruch freilich noch einigermassen verdecken. Mit dem Gefährten der Maschinen gewehre und dem Krachen der Handgranaten wurde das Volk bezaubert und seine Aufmerksamkeit einigermaßen von der inneren Unfähigkeit der regierenden Sozialdemokratie

Abgeleitet. Auch der Umstand, daß man mit zwei in ihren Grundanschauungen untereinander sehr verschiedenen Parteien gemeinsame Sache machte, verwickelte die Situation. Solange die Scheidemannier sie nach Bedarf mit den Demokraten die Amerikaner und mit den Amerikanern die Demokraten majorisieren konnten, ließ sich fortwähren. Das Ausschließen der Demokraten aber hat diese Kunststücke unmöglich gemacht.

Alle Hüllen sind gefallen, das Bild tritt in deutlicher Umrisse hervor. Es zeigt, daß die Sozialdemokratie nur noch von der Gnade des Zentrums lebt. Wir sind nämlich wieder dort angelangt, wo wir vor der Revolution so oft schon standen: Zentrum ist Trumpf!

Nach den Wünschen des Zentrums wird die Volksbildung geregelt. Die Finanzen werden nach den Rezepten des Herrn Erberger — unter vorläufiger Schonung der Kirchen und Klöster natürlich — behandelt. In den Wirtschaftsfragen spricht das Zentrum das entscheidende Wort, und dem Kapitalismus kann man genau so viel Saure aus dem Belz rufen, als dem Zentrum zweckmäßig erscheint. Das sozialistische Proletariat hat eine Revolution gemacht, und der Erfolg ist die Herrschaft der je nach den Umständen demokratisch oder aristokratisch, republikanisch oder monarchistisch verkleideten Amerikaner.

Über, so wird vielleicht eingewendet werden, es gibt für die Reichssozialisten immer noch die Möglichkeit, sich wieder mit den Demokraten zu einigen. Gewiß, die Herren von der bürgerlichen Linken werden an sich gern bereit sein, auf die verlassenen Mittelstufen zurückzukehren und noch einige andere auf sie zu befehlen. Aber sie werden ihre Hilfe nicht kostenlos gewähren. Was für das Zentrum Schule und Kirche, das ist für die Demokraten die kapitalistische Wirtschaft mit ihrem freien Spiel der Kräfte, und wenn sie wirklich an die Stelle der Gesellschaft Erbergers treten sollten, würden sie ihre Forderungen entsprechend ihrer Unentbehrlichkeit erhöhen. Vom Sozialismus würde auch nicht ein kümmerlicher Rest mehr bleiben.

Ihre Unentbehrlichkeit aber fiele um so mehr ins Gewicht, weil das ausgeschiffte Zentrum selbstverständlich in die schärfste Opposition träte. Diese Partei hat zu oft den Beweis ihrer Fähigkeit erbracht, sich von einem Tag auf den andern vollständig umzuorientieren, als daß der Zweifel berechtigt wäre, ob sie jetzt auch mit der Rechten gehen könnte. Sie kann und sie wird.

Und da die Mehrheitler es nun einmal für ihre heilige Pflicht erachten, mit dieser Nationalversammlung Parlamentarismus zu spielen, und sich für den Opfermut, mit dem sie in der Regierung verharren, erst vor wenigen Wochen von dem Parteitag haben Kränze winden lassen, und da diesem edlen Bestreben der Wunsch des Herrn Erberger entgegenkommt, die eigentliche Leitung der Republik in seinen guten Händen zu behalten, so wird es sicher auch gelingen, eine Brücke über die Klüfte zu schlagen, die sich jetzt aufgetan hat. Das Kompromiß wird ein wenig anders aussehen, in der Sache bleibt es, wie es gewesen ist. Die Grundrechte des Zentrums werden auf Kosten der Grundrechte der Revolution gewahrt und so kann dann die Starre bis zum nächsten Straben holtorn.

Zur Ermordung des französischen Sergeanten.

Die Folgen der chauvinistischen Hehe.

Die Ermordung des französischen Sergeanten Paul Manheim ist trotz der „hiebhaftesten Ermittlungen“ der Kriminalpolizei noch immer nicht aufgeklärt. Entgegen einem von W. L. W. verbreiteten offiziellen Bericht über das Vorkommnis, wonach allein die Franzosen die Schuld trügen, da sie ein Strakenmädchen mit dem Schimpfwort „Du altes Schwein!“ traktiert und damit die Menge gereizt hätten, erklärt die französische Militärmission in Berlin nach einander Vernehmung eines Kameraden des ermordeten Sergeanten, daß die Franzosen tadellos ihres Weges gegangen wären und ohne jeden Grund von deutschen Soldaten beschimpft und tötlich angegriffen worden seien.

Mit dieser Darstellung der französischen Militärmission stimmt folgender uns zur Verfügung gestellte Bericht eines Augenzugeugen im wesentlichen vollkommen überein. Hier heißt es:

Am 11. Juli kurz nach Mitternacht kreuzte ich mit einem Bekannten die Linden, Ecke Friedrichstraße. Vor uns gingen etwa vier oder fünf deutsche Soldaten, dem Range nach ungefähr Feldwebel und Offiziersstellvertreter. Einer von ihnen war stark betrunken; aus der Gruppe stießen die Worte zu einem anderen: „Kamerad, Sie sind verhaftet und haben mitzukommen in den Kogroß-Palast.“ Die Gruppe zog dann untergehandelt die Friedrichstraße in der Richtung Oranienburger Tor entlang. Durch Zufall blieben mein Begleiter und ich kurz vor oder hinter den Soldaten. Sie gingen auf dem Trottoir Wintergartenstraße rechts am Straßenrand entlang. Aus der Richtung Oranienburger Tor, also entgegen jetzt, kamen zwei französische, wie ich annahm, Offiziere. Sie hatten die Gruppe schon passiert, ohne ein Wort zu sprechen. Ich kann das genau konstatieren, da ich in unmittelbarer Nähe war. Plötzlich schrie einer der deutschen Soldaten: „Das sind die Hunde, die „Schweine“ zu uns sagten und von uns als „Belegte sprachen.“ Die französischen Offiziere waren etwa zehn Schritte entfernt, als sich einer der deutschen Soldaten trotz Zureden der Kameraden losriß, hinterher hörte, laut brüllte „Du Schwein!“ und auf den größeren der beiden Franzosen einlief. Im Nu waren beide von einer Menschenmenge umgeben. Ich konnte nur den größeren der Franzosen verfolgen und sah, wie er sich losriß, in die Mittelstraße schürzte und in einem Hotel Schutz suchte. Ich versuchte durch Rufen den Soldaten zu beruhigen, erreichte aber damit, daß ein anderer Soldat in unbedeutendem Ton mich zur Rede stellte. Der oben näher bezeichnete Soldat schrie wieder dem Franzosen nach. In der gleichen Absicht, ihn zu beruhigen, lief ich ihm nach. Der schon erwähnte Kamerad schickte mir im schärfsten Majestätsbeleidigung ein Schimpfwort nach. Eine ganze Weile noch hielt der immer noch betrunkenen Soldat aufreizende Reden vor dem Hotel, in welchem einer der Franzosen, soweit ich feststellen konnte, Schutz gesucht hatte. Mein Versuch, den deutschen Soldaten schließen zu lassen, scheiterte jedoch durch Inanspruchnahme der Schutzleute bei Freilassen des Hotelgangs.“

Der heilfrohende Augenzugeuge erzählt weiter, daß ein Offiziersstellvertreter, namens Kunz, vom Regiment

Ober, Wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Fasanenstr. 87, sich hervorragend an dem Ueberfall beteiligt habe.

Diese Darstellung wurde von dem betreffenden Augenzugeugen auf der Polizei zu Protokoll gegeben, wo sie durch einen Soldaten, der dem Vorkommnis gleichfalls beigewohnt hatte, ausdrücklich bestätigt wurde.

Der geradezu unglaubliche Vorwurf hat mit vollem Rechte in der französischen Militärmission, die sich zur Zeit in Berlin aufhält, eine außerordentlich erregte Stimmung hervorgerufen. Die Behauptungen, die er ziehen wird, sind vorläufig noch gar nicht abzusehen.

Es muß verlangt werden, daß die Mordtat mit der äußersten Energie aufgeklärt wird. Denn trotz der Entschuldigung, die Unterstaatssekretär von Daniel dem bisherigen spanischen Botschafter, der zur Zeit noch die französischen Interessen hier wahrnimmt, ausgesprochen hat und trotz der 10 000 Mark Belohnung, die für die Aufklärung des Falles ausgesetzt sind, scheint dem Ereignis nicht die gebührende Bedeutung beigegeben zu werden. So wurde dem oben erwähnten Augenzugeugen, als er den Offiziersstellvertreter Kunst als einen der Beteiligten an den Kronwallen nannte, in dem auf der Polizei gesagt worden, er würde diesem Kunst am Montag gegenübergestellt werden.

Ueberhaupt ist die Polizei bei einem derartig wichtigen Falle, nicht die richtige Behörde, um die erforderlichen Vernehmungen vorzunehmen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Mordes zunächst gegen Unbekannt einleitet, und daß die sämtlichen Vernehmungen vor einem Richter erfolgen.

Bei dem Tiefstand der alldeutschen Heerespresse war es nicht anders zu erwarten gewesen, als daß diese die Tat zu beschönigen suchen würde. Ihre Kommentare übersteigen jedoch alle Erwartungen. Ohne auch nur ein Wort des Bedauerns über die Mordtat zu finden, entrüsten sie sich über die „Unverschämtheit“ des Benehmens der Entente-Soldaten in Berlin. Dabei ist das zurückhaltende Verhalten dieser Soldaten stadtbekannt. Sie aber, diese Heereszeitungen, sind es gerade, die durch ihren Mut- und Nachwahnsinn die niedrigen Instinkte der Masse zu solchen Taten aufreizen. Bekam es doch die „Deutsche Zeitung“ am Freitag fertig, die Welt folgendermaßen einzuteilen: „Hier Deutschland — dort Gaunertum.“ Ein solches Blatt kann wirklich nicht mehr für voll angesehen werden.

Die Entschuldigung der Reichsregierung.

Amlich wird zu dem Vorfalle noch mitgeteilt:

Das „8 Uhr-Abendblatt“ brachte am Sonnabend eine Notiz, wonach in der französischen Militärkommission in Berlin Erregung herrsche, weil die deutsche Regierung von der Tötung eines französischen Soldaten in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend keine Notiz genommen habe. Ein französischer Major habe vergeblich im Kriegsministerium versucht, den Reichswehrminister, der in Berlin sei, zu treffen. An amtlicher Stelle wird es für undenkbar gehalten, daß ein Mitglied der französischen Militärkommission sich so geübert haben kann. Da die französische Militärkommission mit keinem Reichsministerium bisher Beziehungen aufgenommen hat, ist das geschehen, was nach internationalen Brauch üblich ist. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herr von Daniel, hat am Sonnabendvormittag um 10 Uhr beim spanischen Botschafter, der zur Zeit noch immer die französischen Interessen in Berlin wahrnimmt, einen Versuch abgestattet und dem Bedauern über das Vorkommnis Ausdruck gegeben. Wenn ein französischer Major im Kriegsministerium nach dem Reichswehrminister gefragt hätte, würde er dort erfahren haben, daß der Minister nie im Kriegsministerium seinen Sitz gehabt hat, sondern in der Wendlerstraße leicht zu erreichen war. Es ist im übrigen selbstverständlich, daß von den deutschen amtlichen Stellen alles getan werden wird, was erforderlich ist, um den Sachverhalt nach jeder Richtung hin klarzustellen und den Mörder der verdienten Strafe zuzuführen.

Hoffentlich wird diesen Ermittlungen ein besserer Erfolg beschieden sein, als den Aufklärungen bei der Ermordung deutscher Revolutionäre.

Die Friedensfrage.

Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Friedensdelegation in Versailles, in sehr bemerkenswerter Weise über die Haltung der deutschen Regierung in der Friedensfrage. Er erklärt kategorisch:

„Es entspricht keineswegs meinen Wünschen, und ich habe mich wiederholt amtlich wie außeramtlich dagegen ausgesprochen, daß man in Berlin sofort das „Unannehmbar“ erklärte, und die Alternativen „Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen“ stellte. Die ganze Arbeit der Delegation war darauf gerichtet, den Entwurf erst zu verbessern und dann zu unterzeichnen.“

Mit diesen Feststellungen deutet der bisherige Reichsminister des Auswärtigen nachdrücklich den wunderbaren Punkt in der Behandlung der Friedensfrage durch die Regierung auf. Bekanntlich holte sich Scheidemann, im Einvernehmen mit dem Kabinett und den Führern der Mehrheitsparteien, sofort nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen für das „Unannehmbar“ festgelegt und dies, obwohl, wie Graf Brockdorff-Rantzau jetzt feststellt, diese sich wiederholt amtlich und außeramtlich gegen eine solche Stellungnahme ausgesprochen hatte. Graf Brockdorff-Rantzau ist der Dessenfalls die Antwort schuldig geblieben, wie er die seinen Anschauungen widersprechende Stellungnahme der Regierung mit seinem Verbleiben im Kabinett und an der Spitze der Friedensdelegation in Einklang zu bringen vermochte. Statt auf diesen äußerst interessanten Punkt einzugehen, sucht er die Schuld für den Mißerfolg der deutschen Friedensunterhändler in erster Linie denen zuzurechnen, die für die Annahme der Friedensbedingungen eintraten.

Ich stelle erneut fest und habe meine guten Gründe dafür, daß Anfang Juni diese Politik der Delegation Aussicht auf vollen Erfolg hatte, und daß eine sorgfältigere, einseitige Behandlung der deutschen öffentlichen Meinung und eine festere Haltung des deutschen Volkes den Erfolg gesichert haben würden. Als der Umklammerung der deutschen Stimmung vom „Unannehmbar“ zum „Unterzeichnen in jeder Form“ den Feinden erkennbar wurde, war die Arbeit der Delegation zur Unfruchtbarkeit verurteilt, und wir blieb nur übrig, die politische Folgerung daraus zu ziehen.

Zu diesen Äußerungen ist nur zu sagen, daß die von der Regierung und den Mehrheitsparteien inaugurierte Bluffpolitik, die die Gefahr einer starken chauvinistischen-nationalistischen Welle, mehr oder noch eine ungeheure Katastrophe in unmittelbarer Nähe rückt, für alle, denen es wichtig um den Frieden zu tun war, das unbedingte Eintreten für die Annahme der Friedensbedingungen zur politischen Pflicht machte. Unsere Partei ist als einzige dieser Pflicht gefolgt, ohne sich von dem Wutgeschrei und der Verleumdungskampagne der anderen Parteien in ihrer Haltung irritieren zu lassen. Selbstverständlich trat sie vom ersten Tage an dafür ein, daß es Pflicht der Delegation sei, wie Graf Brockdorff-Rantzau sich jetzt ausdrückt, „den Entwurf erst zu verbessern und dann zu unterzeichnen“. Sie war sich aber keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß diese Aufgabe ungeheurer erhebt, so fast unmöglich gemacht wurde durch die selbstmörderische Bluffpolitik, die die Regierung Scheidemann betrieb.

Das Urteil im Prozeß Mühlam.

Das Münchener Landgericht hat im Hochverratsprozeß gegen Mühlam und Gesellen folgende Urteile gefällt:

Erst Mühlam wurde wegen vollendeten Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Mildernde Umstände wurden angeklagt, ehrenhafte Gesinnung bei ihm anerkannt.

Rechtsanwalt Dr. Wähler, der frühere Wohnungskommissar, wurde hingegen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, das Gericht erklärte, eine eheliche Gesinnung bei ihm nicht anerkennen zu können. Mildernde Umstände wurden verweigert.

Von den übrigen Angeklagten wurde der frühere Volkswirtschaftler für Inneres, der Gewerkschaftssekretär Goldmann, der Angeklagte Handbinder und Widengast freigesprochen. Die übrigen drei Angeklagten wurden dem ordentlichen Gericht übergeben.

Dieses ausgesprochene Tendenzurteil reißt sich würdig den bisherigen Entscheidungen der Münchener Land- und Kriegsgerichte an. Es stellt die kriegsähnliche vergrößerte Revanche für die Tage der Münchener Räterregierung dar. Geradezu eine Ungleichheit ist es, Menschen, welche für ihre Ueberzeugung das äußerste gewagt haben, als gemeine Verbrecher zu behandeln.

Solche Urteile sind zu allem anderen eher geeignet als dazu, „Ruhe“ und „Ordnung“ wiederherzustellen.

Die Offiziere fühl'en sich beleidigt.

Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Leipzig hat gegen Dr. Geier als verantwortlichen Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung“ ein Verfahren wegen Beleidigung der deutschen Offiziere eingeleitet. In der „Leipziger Volkszeitung“ erschien am 7. Mai eine Notiz über die Ermordung der Rändener Weissen mit der Schlussbemerkung: „Es geht doch nichts über die Feigheit der deutschen Offiziere außer ihrer Verlogenheit.“ Diese scheint noch etwas größer zu sein.

Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat also zwei Monate Zeit gebraucht, bis sie die Mose angestrengt hat. Erst mußte Leipzig von den Regierungstruppen besetzt sein.

Jetzt fehlen nur noch die Klagen wegen Majestätsbeleidigung. Wilhelm ist zwar verschwunden, aber warum sollen nicht Ober oder Kolke den Schutz des Majestätsbeleidigungsparagrafen genießen?

Berurteilung Leipziger Stadtverordneter.

Leipzig, 12. Juli.

Genie wurde nach fünfjähriger Verhandlung vom Landgericht Leipzig das Urteil gegen die beiden Leipziger Stadtverordneter Scheib und Krug gefällt. Beide hatten am 5. März 1919 im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates während des Leipziger Generalkrieges vom Oberbürgermeister Dr. Riese die Auszahlung von etwa 400 000 Mark städtischer Gelder erzwungen, um die Mittel zur Durchführung des Streiks zu erhalten. Beide Angeklagte wurden wegen gemeinsamer Missetat zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wenns los geht.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ eine Resolution, angeblich eine Zuschrift eines Arbeiters, in der behauptet wird, die Arbeiterräte der U. S. P. D. versuchten die Mitglieder der U. S. P. D. zu zwingen, Beiträge für die Arbeiterräte der U. S. P. D. zu leisten. Weiter behauptet der „Vorwärts“ auf die Frage seines Gewährsmannes, wozu die Mittel verwendet werden sollen, hätte der Obmann der U. S. P. D. erklärt: „Das Geld wird verwendet, wenn's los geht!“ und weiter sei auf Behauptungen erklärt worden: „Ja, wenn's losgeht, dann wollen die Reichstagsfraktionisten auch was davon abbauen, aber dann können sie meine wegen decretieren!“ Das sei nach Ansicht des Gewährsmannes des „Vorwärts“ die neue U. S. P. D. Arbeiter-Solidarität. — In Anbetracht dessen werden die Mitglieder der U. S. P. D. aufgefordert, diesem unerschämten Treiben der U. S. P. D. Arbeiterräte entschlossen entgegenzutreten, denn die Zeit werde kommen, in der jene schamlose Unaufrichtigkeit Anderdenkenden gegenüber wieder aufgerollt werden wird.

Diese ganze Notiz erweist sich als ein plumper Schwindel, der zur Verhöhnung der Arbeiterschaft beizubringen soll. Tatsächlich haben die Arbeiterräte der U. S. P. D. ihre Anhänger aufgefordert, zur Deckung der Verwaltungskosten ihrer Geschäftsstelle, für Saalmiet und Propaganda keine Beiträge zu leisten.

Die Fraktion der U. S. P. D. zählt jetzt 620 Mitglieder, die 620 000 Arbeiter vertreten. Das dazu eine Geschäftsleitung notwendig ist, die auch finanziert werden muß, und daß weiter Propagandagelder erforderlich sind, ist selbstverständlich. Die Arbeiterräte der U. S. P. D. lehnen es aber ganz entschieden ab, auch nur einen Pfennig von Mitgliedern der U. S. P. D. anzunehmen. Die Arbeiterräte, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, haben bisher die erforderlichen Mittel mit Freuden aufgebracht, und werden sich davon auch nicht durch eine solche desolante Hehe abhalten lassen. Daß die gesammelten Mittel nur im Interesse der Arbeiterschaft und der von der Fraktion der U. S. P. D. angesprochenen Ziele verwendet und nicht unnützlich verpraselt werden, beweisen die Fortschritte, die die Arbeiterräte der U. S. P. D. zu verzeichnen haben; auf die sie stolz sind, und die den Kerger der U. S. P. D. Beobachter erregt haben, die trotz Aufwendung reicher finanzieller Mittel immer mehr ihre Anhängerstoß schwächen sehen. Die Arbeiterschaft, soweit sie die Tätigkeit der Arbeiterräte der U. S. P. D. billigt, wird nach wie vor die erforderlichen Mittel zur Deckung der Verwaltungskosten und zu einer regen Agitationsaufbringung. Gerade Acker kostbare Klarheit des „Vorwärts“, der

Leipziger Str.
Königsstraße
Moritzplatz
Rosenthaler Str.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.
Versand-
Abteilung
Berlin W. 9
Leipziger Str.



Jugendliches fesches Kleid

(Abbildung 3)

Jugendliche Form, aus
hellen, leinenartig. Stoff,
Madelokragen mit farbiger
Blende, Rock mit Stufen

53⁰⁰

Apartes Kleid

(Abbildung 2)

aus dunkel gemusterter
Schleierstoff, mit weißer
Weste

110⁰⁰

Kittelkleid

(Abbildung 1)

aus gutem Taffet, reiche
Stepperverzierungen,
großer farbiger Seiden-
kragen, in vielen Farben

175⁰⁰

Damen-Handschuhe

Damen-Stoffhandschuhe

- Zwirn schwarz und weiß, 2 Druckknöpfe 2.90
- Zwirn durchbrochen, schwarz, mit 2 Druckknöpfen 2.90
- Leinen-Ersatz farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 3.90
- Seide farbig, weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 4.90
- Seide porös, schwarz und weiß, mit 2 Druckknöpfen 4.90
- Seide schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen 7.50
- Seide weiß, schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen 9.75

Kurze Halbhandschuhe

- Zwirn durchbrochen, schwarz und weiß 75 und 95
- Seide durchbrochen, schwarz und weiß 1.40

Lange Halbhandschuhe

- Zwirn durchbrochen, schwarz und weiß 95 Pf. und 1.75
- Seide durchbrochen, schwarz und weiß 2.50

Damen-Lederhandschuhe

- Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckknöpfen 9.50
- Ziegenleder weiß, mit 2 Knöpfen 9.75

Strumpfwaren u. Trikotagen

- Damenstrümpfe Baumwolle, gute Qual., farb. gemustert 9.50 12.50
- Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz 12.75
- Damenstrümpfe Kunstseide, schwarz 10.75
- Damenstrümpfe Kunstseide, Fiorrand u. Fiorsohle, ohne Naht 16.50
- Herrnsocken aus Baumwolle, Fior und Seide
- Kindersöckchen schwarz, weiß, lederfarb., 10 Größ 4.75 bis 9.25
- Wickelgamaschen für Herren, grau, grün 8.50
- Herrnhemden Trikot, grau 17.50
- Herrnbeinkleider Trikot, grau 12.50
- Damen-Sportjacken Kunstseide, große Farben-
auswahl 175.00 225.00

Weißwaren

- Blusenkragen große Form, ganz aus Spitze 2.75
- Blusenkragen aus gesticktem Batist 4.50
- Jabot mit Stehkragen, aus Tüll mit Spitzen-Ansatz 4.50 u. 5.25
- Blusenkragen aus gepunktetem Mull, mit imit. Filetspitze 7.75
- Reverskragen aus Mull, in verschied. Ausfüh. 9.00 bis 18.00

Spitzen-Artikel

- Leinene Klöppel-Spitzen u. Einsätze maschinengearb.
in verschiedenen Breiten, Meter 75 95 Pf. 1.10 1.35 1.65
- Zwirn-Spitzen weiß, für Wäsche, Decken
und Gardinen Meter 45 65 85 Pf.
- Klöppel-Deckchen und Motive in allen Formen und Größen, in reicher Auswahl
- Filet-Spitzen u. Einsätze maschinengearbeitet, für
Blusen sowie Wäsche geeignet, Mtr 2.50 3.25 4.50 5.75
- Wasch-Tüll glatt, etwa 100 cm breit, in weiß, elfen-
bein und ecru Meter 16.50

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am
Hilowplatz,
8 Uhr: Der halbe Hahn.
Sätze von Neel und Weichand

Königsgründer Straße
8 Uhr: Der Hauptlinz.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
Gastspiel Lucia Hähnel
8 Uhr: Liebestod von der Platz.

Berliner Theater
8 Uhr: Die tolle Komödie.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr
Max Paalenberg in
„Auch ich war ein Jüngling...“
(Schwank)

Kammerspiele
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldo Konstantin in
„Das Weib
und der Hampelmann.“

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Mit Webern Hans Waldmann in
Die Geisha.

Lesing-Theater
Sommerspielzeit
Lefkage: Hans Sternberg.
Gastspiel: Guido Tauscher.
8 Uhr: Charleys tante.

Deutsches Künstler-Theat.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Rutschbahn.

Wintergarten
täglich 7 1/2 Uhr
Variéevorstellung
Rauschen gestrichelt.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße.
Ausgang Straauer Straße.
8 Uhr: Zum 177. Male:
Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
Bel. Friedrichstraße, Nr. 49/51, 52/53.
8 Uhr: Zum 263. Male:
Der gute Ruf

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o seltsame
Zeit.

Gartenbühne:
8 Uhr: Konzert, Spezialitäten.
7 1/2 Uhr: Das sind nicht jeder an.

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Die Frau der höchsten

National-Theater
8 Uhr: Die Frau der höchsten

**Familie
Mannemann**

Elite-Sänger
einem Mitgl. der
Sängerin
Seidel, Kusell,
Horst, Schubert,
Rathke etc.
Humor. Spiel.
Sommerspielzeit

Blüthen-Konzert

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich
12 Varié-Aktionen
in der
Tanzhalle Ball.
Anfang 15 Uhr.

Unabhängiger Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Kreises.

Sonntag, den 13. Juli 1919
im Moabiter Schützenhaus, Plötzensee
Großes Volksfest
bestehend in Konzert, Gesang, Turner-Uebungen und
Kinderbelustigungen aller Art.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Beginn des Konzerts 3 Uhr.
Eintrittskarte 60 Pfennig.
TANZ.
Das Komitee.

Freie soz. Jugend, Gruppe Frankfurter Vorstadt

Einladung zum Gartenfest
am Sonnabend, den 19. Juli 1919, abends 7 Uhr
im Café Bellevue, Rummelsburg, Hauptstraße.
Mitwirkende: Männergesangsverein Kreuzberger Harmonie M. d. A.-S.-B. — Alfred
Beyerle, Rezitationen. — Emil Kühne, Rezitationen und Lieder zur Laute. — Ottomar
Doett. — 10. Männerabteilung des Turnervereins Fichte.
Eintritt Mk. 1.— Anfang 7 Uhr.
Billets sind noch zu haben an nachfolgenden Stellen: Bureau der Wahlvereine
(4. Kreis und Niederbarnim), Königsberger Str. 7 und Neue Bahnhofstr. 31, Jugend-
heim Königsberger Str. 7 und Dossstr. 22, Lokal Neumann, Samariterstr. 12, Café
Bellevue, Rummelsburg, Hauptstr., und bei den Bezirksabteilungen.

Schloss Schönhausen
Niederschönhausen (Paul Schönherz) Lindenstr. 11.
Jeden Sonntag und Donnerstag
Ball der Jugend.
Die gute Musik. Der große Betrieb.
Im Garten: Varié-Vorstellung.
Vereine und Gesellschaften empfehlen meinen Garten und Saal
unter den kulantesten Bedingungen.

Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Kellers Konzert- u. Festsäle
Koppenstr. 29. Koppenstr. 29.
Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Berliner Vereins-Konzertsäle
Kommandantenstr. 58/59. Moritzplatz 101 M.
Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Central-Festsäle
Alte Jakobstr. 32. Alte Jakobstr. 32.
Direktion: Selbiger & Engler.
Norden 9292 u. 9293. Kulantest. Bedingungen.

Schweizer-Garten

Am Friedrichshain 29/32
Direktion: Wilhelm Herrmann
Heute Sonntag,
Das große Spezialitäten-Programm
mit der Operette
„Am Brunnen vor dem Tore“
und **„Ueberr großen Teich“**
Dienstag, den 15. Juli
zum 50. und **„Ueberr großen Teich“**.
Letztes Male „Ueberr großen Teich“.
Mittwoch, den 16. Juli 1919, sowie jed. Mittwoch
Großes Kinder-Freudfest mit großer
Aktionen.
Donnerstag, den 17. Juli 1919:
Großes Jubiläums-Fest veranstaltet zum
sechzigjährigen Be-
stehen des Schweizer-Gartens.
Der Höhepunkt der Darbietungen mit dem Schläger:
Berlin—Wien—Konstantinopel.
Großes Brillant-Feuerwerk, 3 Kausen u. a. von
3 Uhr ab: Militär-Konzert des Regiments 30, früher
II. Garde-Regiment zu Fuß unter persönlicher Leitung
des Obermusikmeisters Max Graf.
Vorverkauf vormittags ab. — Zeitig Plätze sichern

Fortuna-Lichtspiele

Müllerstr. 12.
Der Riesentitel aller Zeiten!
Julius Cäsar
7 Akte, ca. 7000 Mitwirkende.
Ein Filmwerk von gewaltiger Größe.

An die Einwohnerschaft von Nowawes.

Am 30. und 31. August dieses Jahres veranstaltet der
Arbeiter-Turnerbund eine Bundesturnfahrt.
Das Ziel des 3. Bezirks vom 1. Kreise ist Nowawes. Die hiesige
„Freie Turn- und Sport-Vereinigung“
feiert an diesen Tagen zugleich das
Fest des 25 jährigen Bestehens.
Es ist daher mit einem starken Zuzug auswärtiger Tur-
nerinnen und Turner zu rechnen. Diese müssen nun auf
1 bis 2 Nächte untergebracht werden. Wir richten an die
Einwohnerschaft von Nowawes die Bitte, uns soviel wie
irgendmöglich Privatquartiere zur Verfügung zu stellen. Wir
bitten alle Gastgeber, sich in die Quartierbesetzung einzutragen,
welche in den Lokalen von Kleum, Sieger, Ebel, Wolfman,
dem Restaurant zur Teraballe und bei Herrn Obmann des
Wohnungsausschusses Hans Schiemann, Auguststr. Nr. 2, aus-
liegen. Auch nehmen alle Mitglieder Meldungen entgegen.
Die Uebungsstunden der Turnabteilung finden jedes
Dienstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr in der Turnhalle des
Realgymnasiums in der Althausstraße statt. Die der Fußball-
abteilung jeden Mittwoch von 7 bis 9 1/2 im Park Hahlsberg.

Dauerwäsche-Reparaturen

repariert, vergrößert und reinigt
Leinwand wird abwaschbar gemacht
NEUKÖLLN, BERGSTRASSE 155, LADEN.

Metall- Bettstellen

mit Patentfeder-
Matratze 65.— M.
do. mit II. Messing verz.
sehr preiswert
Mädchenbettstellen 25 M.
Polsterbettstellen 29 M.
Fertige Betten
in div. Preislagen.
Isolier- Bettwäsche
(Brezung-chemiefrei)
Bettledern und Dauen
von 3.95 M. an.
Berliner Bettenhaus
Charlottenburg,
Wilhelmsdorfer Str. 63-64
Amt Wilhelm 4767.

Angler

Verlangen Sie gratis e. franko
Brochure „Anglerkniffe“
Angler-Zentrale, Prater 1. H. 57.

Sofa

Reihe
M. 375.—
Ruhebett
M. 175.—
Stolzma

Küchen

mit und ohne
Kaufman
J. Prager
NO. Lindenstr.

Möbe

auf Teilzahlun
Sozialität: Bürger
Kaufungs-Einricht
Moderne
399.— Mark
in großer Auswahl
Gebr. Lieber
Alexanderstr.
Nur L. Etage, Kolo

Groß-Berlin.

Was das Volk reizt.

Vor demaskierten Schönberger Warenhäusern patrouilliert ein Polizeileutnant, das Eiserne Kreuz auf der Brust, keck, näselnd, zurechtweisend. Ihn „verstärken“ ein

Ginter mir, neben mir, vor mir, stehen junge Arbeiter, ältere, verbärmt aussehende Frauen, Männer mit finsternen Gesichtern, die den Uniformrock des Krieges noch am Leibe haben. Ein „Schütztruppengang“ kommt. Der Führer trägt

Konferenz der Groß-Berliner Gemeindevertreter der U. S. P. D.

Am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Stadtvorordnetensitzungsaal.

- 1. Stellungnahme zur Reorganisation Groß-Berlins. Ref.: Gen. Leid.
2. Diskussion.
3. Wahl der Arbeiterausschüsse.

Jugendweibe Herbst 1919.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins (U. S. P. D.) veranstaltet wie früher gemeinschaftlich mit der Arbeiterlichen Gemeinde die diesjährige

- Meldungen müssen nun umgehend erfolgen: Bureau Schäferstr. 5/6, Hof II, Gerichtstr. 71 I, Könißberger Straße 27, Stfl. I, Rosenölln, Rodastr. 3, Dichtenberg, Neue Bahnhöfstr. 31.
Vorbereitungsliste finden bis auf weiteres statt: Weidenburger Straße 4a, Scharfauka, Weidenberger Straße 41/45.
Weitere Lokale werden noch festgelegt.
F. A.: Hermann Weise.

Objektivität des Richters.

Das höchste Gut, was neben dem Gerechtigkeitsförmigen dem Richter eigen sein soll, ist Objektivität. Leider lassen viele Richter diese Charaktereigenschaft sehr vermissen. Ein Strafenbäuer, der einen Prozeß führt und der infolge milderer Verhältnisse das Armenrecht beantragt und erhalten hat,

Für die Einheitsgemeinde.

Die Freitag abgehaltene Steglitzer Gemeindevorordnetenversammlung nahm eine Entschließung an, die sich für die Einheitsgemeinde auf der Grundlage des Regierungsentwurfs

Die verbesserte Zentralfractions.

In der Woche von Montag, den 14. bis Sonntag, den 20. Juli 1919 findet eine Fettverteilung auf die Einfuhr-Zusatzkarte gegen die

Die Fettkarte Groß-Berlin ist durch umfangreiche Käufe im zentralen Ausland in die Lage versetzt, in der nächsten Woche eine Zufuhrportion von 135 Gramm Margarine zum Preise von M. 1,55 zu verteilen und damit die Speisefettversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung erheblich zu verbessern.

Kommunale Arbeiterräte!

Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Plenarsitzungsaal, Herienhaus, Völkerverammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Reichstages Groß-Berlin und Fortsetzung der Tagesordnung von der letzten Vollversammlung.

Nichtpreise für Bier.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gibt bekannt: Die Erhöhung der Brauereipreise, insbesondere aber die erheblich erhöhten Lohnforderungen der Brauwirtschaftsangehörigen, sowie die auch sonst gestiegenen Lasten haben zwar eine Erhöhung der

Wer vorstehende Nichtpreise überschreitet, wer insbesondere die für die höhere Klasse festgesetzten Preise nimmt, ohne daß dies sich nach der Art des Betriebes rechtfertigt, setzt sich der Gefahr der Bestrafung auf Grund der Verordnung gegen Preisverhinderung aus.

Freigabe weiterer Abschnitte der Kohlenkarte.

Vom Dienstag, den 15. Juli 1919 ab dürfen zur Entnahme und Abgabe von Kohlen bis auf weiteres nur die folgenden Abschnitte verwendet werden: Abschnitte 5-7 der Kohlenkarte, 5-10 der 5-Renn-Ostentarte, 5-8 der 10- bis 60-Jenit-Ostentarte, 1-10 der Kohlenkarte und 1-14 der Sonderkarte.

Meldepflicht vermietbarer Wohnungen.

Die An- und Abmeldepflicht von leerstehenden Wohnungen (Artikel 601 Ziffer 3 des Wohnungsgesetzes) ist nunmehr entsprechend der Bundesgesetzverordnung vom 28. September 1918 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel (M. G. B. L. S. 1143) durch Polizeiverordnung vom 7. Juli auf Wohnungen aller Größenklassen und auf die Untervermietung von Wohnräumen ausgedehnt worden.

N. S. P. D. Arbeiterräte.

Der Rednerkursus der Arbeiterräte der U. S. P. D. findet morgen, Montag, den 14. Juli, 7 Uhr abends, in den Zellen 23, Saal, Der Frankfurter Hof.

Neue Sonderbrotpreise. Der Preis für Jüder im Kleinhandel darf nach einer Bekanntmachung nicht übersteigen: für Weibis oder gemahlene Kristallzucker 60 Pf., für gemahlene

Nach für 7 Mark das Pfund.

Nach für 7 Mark das Pfund, wäre der Verdückerung in großer Menge zugeführt worden, wenn nicht die zuständige Hamburger Kriegsspekulation die Einfuhrerlaubnis verweigert hätte.

Die Jungesellen organisieren sich.

Die Jungesellen organisieren sich. Am Dienstag ist ein „Interessengemeinschaft deutscher Jungesellen“ gegründet worden. Mit dieser Begründung ist in erster Linie die Schaffung eines Jungesellenheims, wofür ein Grundstück im Westen in

Lehrkurse für Proletarier.

Lehrkurse für Proletarier, veranstaltet von der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft an der Handelshochschule Berlin. Gemeindefakultät hinter der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße (am Stadtbahnhof Vorie), Pöhlstraße 1.

Aus dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weihenster werden Klagen laut über verschiedene dort bestehende Mängel. Die Anklagen der Tuberkulosestation beschränken sich in erster Linie über die Behandlung durch die Stationsärztin, die sich außer bei der ärztlichen Visite angeblich den ganzen Tag nicht bei den Kranken

Reisegepäckversicherung.

Reisegepäckversicherung. Mit Bezug auf unsere Notiz in Nr. 321 vom 9. Juli wird uns vom Reichsverband der Privatversicherung geschrieben, daß die Versicherungsgesellschaften, die eine Versicherung des Reisegepäcks übernehmen, fast durchweg dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen

Im Lande der Freiheit.

Im Lande der Freiheit. In dieser unserer Notiz im gestrigen Abendblatt möchten wir nachfragen, daß die zwei Redaktionen, die den Schriftsteller Hardy Sturm einige Stunden vor seiner Verhaftung besuchten, mit diesen selbst nichts zu tun haben.

Lebensmittellisten.

Lebensmittel in der Woche vom 14. bis 20. Juli.

Berlin. In der Woche v. 14.-20. Juli darf Brot u. Mehl nur gegen Abkassieren mit dem Stichwort „Getreide“ abgegeben werden. Auf Reichsbrotkarte ausländisches Getreidemehl zum Preise von 4,75 Mark je Pfund. Als Ersatz für Mehl in doppelter Menge, also auf jeden Fleischartenabschnitt 20 Gramm. Auf 2 1/2 250 Gramm amerikanisches Speiseklein zum Preise von 2,89 M.

Charlottenburg. Fleisch 250 Gramm oder Ersatz (20). Kartoffeln bezw. als Ersatz 1 1/2 Pfund Brot und 1 Pfund Trockenobst. Zucker 1/2 Pfund. Teigwaren 150 Gramm (45). vom 17. bis 20. Juli. Kartoffelmehl 150 Gramm (44) vom 17. bis 20. Gruppen 100 Gramm (45) vom 10. bis 19. Fleischersatzmittel 500 Gramm (40) vom 10. bis 19. Reis 125 Gramm (45) vom 10. bis 19. Amerikanisches Weizenmehl 250 Gramm (49) vom 17. bis 20. Rühmehl 250 Gramm (46) vom 17. bis 20. Amerikanisches Schmalz (Schmalz) auf (Z 9) vom 14. bis 20. Weizenmehl 250 Gramm (49) vom 17. bis 20. Butter 100 Gramm (45) vom 17. bis 20. Weizenmehl 125 Gramm (41) vom 17. bis 20. Käsewaren, frische See- oder Flußfische, Sauerhohl und die Rohstoffe der getrockneten Meeresfrüchte und des getrockneten Weizenbrot (abgesehen auf Abschnitte 28 der Reichsbrotkarte bis Dienstag für je 25 Gramm Fleischwaren 50 Gramm Gruppen, in den Kolonialgeschäften.

Wilmersdorf. 250 Gramm Zusatzfleisch oder Ersatz in Rohmitteln (29). 2 Pfund Kartoffeln (29-29c) und zur Ergänzung (29) 750 Gramm Brot. 250 Gramm Kartoffelschalen (57) 1/2 Pfund Zucker (59). Weiterverkauf von 250 Gramm Rühmehl (39). 400 Gramm Marmelade (27). 125 Gramm Reis (45). 500 Gramm Gruppen (49). 200 Gramm Hülsenfrüchte (55). 250 Gramm Reisfabrikat (45). 125 Gramm amerikanisches Schmalz (Schmalz) (Z 9). 125 Gramm amerikanisches Schmalz (Schmalz) (F). Für werdende Mütter: 1 Dose Magerfleisch (2,50 M.), 1 Dose Preiselbeeren (6,65 M.) Für stillende Mütter: 1 Dose Preiselbeeren (6,65 M.). Für Kranke: Eier Ende der Woche (29).

Schöneberg. Bis 15. Juli Voranmeldung für 1/2 Pfund amerik. Weizenmehl (D 10), 400 Gramm Marmelade (27), 625 Gramm Rühmehl (49 u. 58), 125 Gramm Rühmehl (40). Ausgegeben werden ohne Baranmeldung 250 Gramm Weizenmehl (59), 200 Gramm Hülsenfrüchte (56). Als Ersatz für fehlende Kartoffeln 750 Gramm Brot (39), 500 Gramm Rühmehl (53), 1/2 Pfund amerik. Weizenmehl (Z 9), 250 Gramm ausländ. Speck (Z 8), 50 Gramm Schmalz (Z 9), 650 Gramm Rühmehl (44 u. 45), 250 Gramm Rühmehl (37 der Jugendbrotkarte). An Kinder bis zum 17. Lebensjahr: Fertigerstellung von Reis, Schokolade, Kakao, Milchpudding und Gebäck in den Süßwarenhandlungen.

Neukölln. Fortsetzung des Gruppenverkaufs von 1050 Gramm (48). 125 Gramm Reis. Ende der Woche Fleischersatzmittel und Reis an Kinder und Jugendliche (D 10, J 11 und K 12) der Einfuhrerlaubniskarte 750 Gramm Zusatzfleisch. Als Ersatz für 750 Gramm Brot und 500 Gramm Rühmehl. Fertigung: 30 Gramm Butter, 125 Gramm Magerfleisch, 40 Gramm Weizenmehl.

Tempelhof. 400 Gramm Speis (37 u. 40), 250 Gramm Heferollen (41), 500 Gramm Gruppen (45). Für Jugendliche 150 Gramm Heferollen (37). Für Arbeiter 100 Gramm Rühmehl und 250 Gramm Marmelade. Als Sonderzusatz: 125 Gramm Kartoffelmehl (44), 150 Gramm bezw. 500 Gramm Gruppen (43 u. 45).

Tempelhof. 400 Gramm Speis (37 u. 40), 250 Gramm Heferollen (41), 500 Gramm Gruppen (45). Für Jugendliche 150 Gramm Heferollen (37). Für Arbeiter 100 Gramm Rühmehl und 250 Gramm Marmelade. Als Sonderzusatz: 125 Gramm Kartoffelmehl (44), 150 Gramm bezw. 500 Gramm Gruppen (43 u. 45).

Einkoch-Apparate
in guter Ausführung . . . 24.50
Thermometer . . . 3.50

JANDORF

Einkoch-Gläser
mit Ring „Monopol“ eng . . . 1.65 1.75 1.85
mit Ring „Monopol“ weit . . . 2.10 2.20 2.30

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kotkuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Großer Verkauf im Lichthof

Waschstoffe

- Batist** weiss, bestickt, gute Qualität . . . Meter **6.90**
- Batist** dunkelgründig, mit farbig bestickten Punkt- und Blumenmustern Meter **7.75**
- Batist** weiss, mit reicher Stickerei, etwa 120 cm breit Meter **11.50**
- Batist-Musselin** dunkelgründig, Punktmuster reich best., Mtr. **10.50**
- Schnee-Voile** reich bestickt, Meter **10.75**

Baumwollwaren

- Wäschestoff** feinfädig, für Leibwäsche . . . Meter **7.25**
- Hemdentuch** starkfädig . . . Meter **7.50**
- Molton** ungebleicht, etwa 120 cm breit Meter **6.50**
- Markisen-Leinen** etwa 80 cm br. Meter **8.50**
- Leinen-Drell** marinefarbig f. Knaben-Anzüge Meter **10.50**

Möbel!

Sonder-Angebot!

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Dienen-Möbel
Küchen

in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Beste Verarbeitung * Trockenes Material * Versand auch nach auswärts

Combar-u. Möbelfabrik „Bahnhof Böcke“ G.m.b.H.
Dircksenstraße 43-44.

Neue Toilettenlehre

Von FRANZ RIECH.

Seifenwasser wird stinkend. Längere Zeit Wäsche darin liegend, erhält Mäden. Folglich werden durch Seifenwaschung Mikroben und Bazillen geschädigt für Schuppen im Haar, Flechten und Lupus und Krankheitskeime durchaus verschlimmert. Unwiderleglich!!! Die Schäden zu beseitigen wie solche, die auf gleicher Basis entstehen durch Witterung, Kälte und Gewerbe, und hygienisch vorzubeugen, ist nur „Riechlos“ Cholesterin geeignet, weil sie die Keratinhülle — Haut — vermitelt und in Verbindung mit der Blut- und Salzkirkulation bildet. — Spaltplakruite und sonstige Wandstellen bei Säuglingen helfen wohltuend: Prostataren schwinden über Nacht, Afterentzündung — Hämorrhoiden — in 5 Tagen; Flechtenbände sind immer gleich gebrauchsfähig, Hämorrhoiden und Schwielen schälen ab. Preis 12 Mark.

Verdient zu „Riechlosat“ schwinden Haarschuppe sofort und bleiben die Haare dauernd glänzend und weich. Preis 6 Mark.

Nur Riechlosat-Toilettepulver vermag das Gesicht natürlich rein zu waschen; die Pickel der Jugendlichen sind nur so zu beseitigen. Preis 3 Mark.

Wo noch nicht erhältlich, direkt durch FRANZ RIECH, Berlin O 112; auch durch Postschbeck 66 425.

Berliner Zahn-Institut

Klinik-System
Königstr. 48, Eingang Hoher Steinweg, gegenüber vom Rathaus.
Sprechstunden von 8-12, 5-7.

Zahnziehen unentgeltlich!
Zahnziehen mit Betäubung 2 Mk.

Plomben, bestes Material:
Cement-Plombe 2 Mk.
Silber-Amalgam-Plombe 3 Mk.
Gold-Amalgam-Plombe 4 Mk.
Zahnschmelz-Plomben-Plombe 4 Mk.
Gold-Krone 18 Mk.
Gold-Krone 20 Karat 30 Mk.
Zähne reinigen, blendend weiss, 2 Mk.

Zahnersatz, mit und ohne Platte, erstklassige Verarbeitung, langjährige Garantie, billigste Preise, Schönheitsbehandlung auch für empfindlichste Personen.

Bürgerliche Möbel.

Ganze Einrichtungen, sowie Einzelmöbel, solid und preiswert. Auf Wunsch Zahlenserieleichterung.

Möbel-Frese,
Weinbergsweg 1,
(Rosenthaler Platz).

Photo-Platten für die Ferien

aus Heeresbeständen
etwa ein Drittel bis etwa zur Hälfte billiger als der jetzige Listenpreis.

Hepia-Platten IV 9x12, das Dutzend . . .	M. 6.60 (jetz. Listenpr. M. 9.50)
IV 12x18,	10.55 (16.00)
H 10x15,	7.30 (12.50)
H 12x18,	8.50 (14.00)
Azra-Chromo-Isolar-Platten 9x12 d. D. . .	6.90 (11.25)
10x15,	9.65 (16.25)
12x18,	11.20 (19.00)
extra Rapid-Platten 10x15,	7.30 (12.50)

Die Hepia-Platte IV ist eine orthochromatische Platte mit Bländämpfung in der Schicht Fabrikat Haus-Flavin oder Schlessener-Vergil. Die Hepia-Platte II ist eine hochempfindliche Platte für alle Durchlichtschritte geeignet.

Die Platten sind gut und brauchbar. An- und Verkauf von neuen und gebrauchten Photoapparaten. Sämtliche Photo-Bedarfsartikel in bekannter Güte.

Walter Talbot, Berlin SW 19, Jerusalemstrasse 42.

Auswanderung.

Wollen Sie nach **Südamerika** auswandern? Dann informieren Sie sich gründlich. Die Broschüre **Auswanderung nach Argentinien** gibt Ihnen erschöpfende Auskunft. Bestellen Sie sofort dieses aufklärende Buch bei dem **Verlag H. Althoff, Abt. 4, Berlin SW 68, Friedrichstr. 47** gegen Voreinsendung des Betrages von 3,50 Mk. bei Nachnahme inkl. Porto, oder durch alle Buchhandlungen.

Reparaturwerkstatt für Uhren und Goldwaren

Für jede bei mir reparierte Uhr letzte fachmännische Garantie

Wilhelm Scheil, NO, Preusslatter Allee 185

Möbel

neue und verlebene gewaschene Kleiderschränke, Vertikals 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Mischel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode, Or. Auswahl in eleganten neuen Möbeln, kompl. Küche 175 Mk. Versand nach außerhalb.

Seelig,
Lothriner Str. 23,
(Schönhauser Tor.)

Spezial-Abteilung Uniformen färben, in Civil umarbeiten

in schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in **8** Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v. Herren- u. Damen-Garderobe in **3** Tagen
Original echt engl. Stoffauswahl in **6** Tagen
Jeder Artikel wird außerdem gefärbt in **48** Std.

Trauersachen
BASCH & BUCZKOWSKI
Centrum 7119, Friedrichstraße 68 I, Centrum 7119.

Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Strasse 117 (in d. Scharnhorststr.)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-4 abends, Sonntags 11-1 Uhr im verschlossenen Brief Mk. 1.25.

Zahnpraxis Witte

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
Spez.: Naturgetreuer Zahnersatz. Mäßige Preise.

Zähne 3 Mark!

mit echtem **Friedens-Kautschuk**

Kaufmännische Privatschule

Paul Kowalski
Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Sehl Bahnhf.
Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
Tages- und Abendkurse.

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolitik).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenzeitschrift.
Herausgegeben von **Dr. Rud. Breitschfeld.**
Unter händiger Mithilfe von **H. Bloß, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.**

Abonnement vierteljährlich 6.— Mk. Einzelnummer 60 Pf. Bestellungen sind anzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Speditionen der Freiheit oder in der Verlags-gesellschaft „Freiheit“ G. O. m. b. H., Berlin NW 4, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

Hygiene der Ehe

Ärztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane, Körperliche Eherichtigkeit u. Untauglichkeit, Gebär- u. Stillfähigkeit Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Einhaltungsmaßregeln bei den Eherichtigkeiten, die Eherichtigkeiten, Keimbahn- und Polymyom? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten, Vorbeugung und Ansteckungsgefahr. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Gebärmutter, Folgen der Kinderlosigkeit, Gefahren spätkindlicher Heiratens für die Frau. — Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc. Bezug gegen Einsendung v. M. 2.— od. Nachnahme durch Medizin. Verlag Schwelzer & Co., Abt. 34, Berlin NW 4, Ecke v. Reinkowplatz 5.

Zahnpraxis Witte

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
Spez.: Naturgetreuer Zahnersatz. Mäßige Preise.

Zähne 3 Mark!

mit echtem **Friedens-Kautschuk**

echte, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie. Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 30 Mark an. **Keine Luxuspreise.**
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani

Fahrer Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße,prechstunden von 9-12, 3-7, Sonntags und Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. ::

Empfehle mich den werthen Genossen und Genossinnen zur **Anfertigung von eleganter Damengarderobe** in engl. und franz. Kostümen, sowie von **eleganter Herrengarderobe.**

Solideste Verarbeitung. — Tadellosor Sitz.
Umarbeiten, Wenden und Reparaturen werden aufs sorgfältigste ausgeführt.

Gute Friedensstoffe am Lager.
Wilhelm Lemke Nchf. Hans Hauser
Stolpische Straße 23.

Werksstätten für Uhrmacherkunst

für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.
Max Zeitschel, Uhrmachermeister,
BERLIN N., Müllerstr. 189 und Seestr. 102

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundheit, Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (sekundär u. schmerzlos)

Sanabo

DRP Nr. 26918

Erstklassiges Spezial-Instrument bei Blasen-, Harn- u. Harnleiden aller Art.

In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch. Empfahlen von ersten Autoritäten.

Erhältlich für Ärzte oder auf ärztliche Verschreibung

„Sanabo“ Berlin W., Bolowstr. 12, part. 5. u. 6. Et. Tel. Nollend. 503.
Aerztliche Sprechstunden 12-2, 6-8, Sonntags 11-1. Pranziska.

Heil-Anstalt „Löser“

Linienstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8.
Laryn- u. Binienuntersuchung, Licht- u. Finnen-Behandlung.

Das Ende des Verkehrsstreiks.

Erfolgreiche Verhandlungen.

Das Ende des Berliner Verkehrsstreiks, der das Berliner Wirtschaftsleben stark beeinträchtigt hat, ist endlich in greifbare Nähe gerückt. Verhandlungen, die auf Betreiben des Berliner Volkswirtschafts am Freitag im Direktionsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn mit Vertretern der Streikenden unter Einwirkung von Vertretern des Transportarbeiterverbandes stattfanden, haben eine Grundlage für die Verständigung geschaffen.

Die fast wöchentliche Verkehrsnöte, unter der besonders die Arbeiter und Angestellten zu leiden hatten, konnte den Berlinern wahrlich erspart werden. Die Streikenden haben vom ersten Tage des Ausstandes an erklärt, zu Verhandlungen bereit zu sein. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn dagegen stellte sich auf den krassesten Defensivpunkt, und das gesamte reaktionäre Bürokratismus durch die Entschärfung einer beispiellosen Sebe gegen die Streikenden die Berliner Bevölkerung über die wahren Ursachen des Streiks und der Verkehrsnöte irreführen und die geschlossene Front der Ausständigen brechen zu können. Kief doch die „Deutsche Tageszeitung“ offen zum Wort kommen die Streikenden auf. Aber dieser wie auch der famose Aufruf des Vorkämpfers an die Herren Streikbrecher verlor seine Wirkung. Die Kämpfenden blieben einig, und das Gros der Berliner Bevölkerung ließ sich trotz aller durch den Streik verursachten Unbill nicht gegen ihr Koalitionsrecht ausübenden Straßenbahner auflegen.

Der einzige Ausweg aus der Katastrophe konnte, wie wir stets betont haben, nur durch gegenseitige Verständigung beider Parteien gefunden werden. Der Vergleichsvorschlag der Verhandlungskommission, den wir im gestrigen Abendblatt mitteilten, ist von der gestern abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung angenommen worden und soll den zuständigen zur Annahme empfohlen werden. Die endgültige Beschlußfassung über das Angebot wird indessen jedenfalls erst am Montag getroffen werden. Heute finden erst zur Information der Streikenden Versammlungen statt und danach soll über die eventuelle Aufnahme der Arbeit durch geheime Abstimmung wahrscheinlich am Montag entschieden werden. Geschlossen, wie die Verkehrsarbeiter in den Kampf getreten, wollen sie ihn beenden. Damit dürfte einer der bedeutungsvollsten wirtschaftlichen Kämpfe haben jedenfalls ein rühmliches Zeichen Solidarität an den Tag gelegt.

Vertrauensmännerversammlung des streikenden Verkehrspersonals.

Im Gewerkschaftshaus fand gestern vormittag eine Vertrauensmännerversammlung des gesamten Verkehrspersonals statt. Scharfe Auseinandersetzungen entstanden über die Leitung der Versammlung. Die Zentralstreikleitung mußte annehmen, daß sie durch die eigenmächtige Haltung des Hauptvorstandes des Transportarbeiterverbandes von der Versammlung aus geschlossen werden sollte. Es wurde der Vermittlungsvorschlag gemacht, den Vorschlag der gestrigen Verhandlungskommission zu überlegen, worauf die Zentralstreikleitung zurücktrat und dem Zentralvorstandes Schumann den Vorschlag überließ.

Streikleiter Schulz gab einen Bericht über das bereits veröffentlichte Ergebnis der Verhandlungen und empfahl die Annahme des Verhandlungsergebnisses, unter Vorbehalt, daß auch eine Einigung bei der Hochbahn zu kommen. Hieran ergreift Genosse Malchin vom Volkswirtschaft das Wort, streifte die Verhandlungen und empfahl ebenfalls im Interesse der Berliner Bevölkerung, sich mit dem Resultat der Verhandlungen zufrieden zu geben. Wegen die Nachschärfen des Vorkämpfers ging er sehr scharf ins Zeug. Das Verhalten des Zentralvorstandes des Transportarbeiterverbandes wurde dann von einer Reihe von Rednern scharf kritisiert. Mit Heftigkeit wird die Erklärung Schumanns angenommen, daß er sich nicht für eine Gewerkschaft im Sinne der modernen Entwicklung zu fühlen. Schließlich wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Vertrauensmännerversammlung nimmt Kenntnis vom Verhandlungsergebnis und beschließt, dieses Ergebnis den am 13. Juli stattfindenden Versammlungen der Streikenden zu unterbreiten. Die Vertrauensleute erklären es als selbstverständliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit, daß eine Verständigung zwischen Betriebsleitung und Angestellten der Hochbahn herbeigeführt kommt.

Ein weiterer Beschluß spricht der bisherigen Zentralstreikleitung das volle Vertrauen aus. Ein beabsichtigtes Misstrauensvotum für die Verhandlungsleitung wurde von Schumann zur Abstimmung nicht zugelassen. Ferner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Bemühungen des Volkswirtschaft zur Beilegung des Verkehrsstreiks den Dank der Streikenden ausdrückt und die Bemühungen des Volkswirtschaft durch die Unternehmung mit Empörung zurückweist. Schließlich wurde die bisherige Streikleitung zur Fortführung ihrer Funktion verpflichtet.

Knobel berichtet über das Verhandlungsergebnis für die Omnibusangestellten, wonach eine monatliche Teuerungsgulage bis November zugewilligt ist. Für die Zeit vom 1. April bis 30. Sept. wird dieselbe sofort in Höhe von 400 Mark ausbezahlt. Eine gestrige Abendversammlung der Omnibusangestellten wollte schon Stellung zum Abbruch des Streiks nehmen. Schumann sprach jedoch gegen Einzelbeschlüsse. In diesem Sinne wurde beschlossen, die endgültige Abstimmung durch die Streikenden selbst voranschreitend am Montag vorzunehmen zu lassen.

Am heutigen Sonntag vormittag 10 Uhr finden vier Streikversammlungen auf den Hoch- und Untergrundbahnhöfen: Nordring, Wismarstraße, Warschauer Brücke sowie im südlichen Endbahnhof Urbanstraße statt. Die Streikleitung bittet im Betracht der wichtigen Tagesordnung um den Besuch des sämtlichen Verkehrspersonals. Legitimation ist mitzubringen. Die Versammlungen werden aber nur den Situationsbericht entgegennehmen.

Die Streiklage bei der Hochbahn.

Nach Schluß der Vertrauensmännerversammlung ging der Streik weiter nach folgender Mitteilung zu: Im Zusammenhang mit dem Verhandlungsbeschluß erklärt die Hochbahngesellschaft: Sie ist bereit, den Angestellten zugleich mit der nächsten Gehalts- oder Lohnzahlung ein Darlehen von 150 R. zu gewähren, das in gleichen

Raten wie der im Verbandsbeschluß vorgesehene Vorschlag rückzahlbar ist. In diesem Betrage sollen biwöchentliche Ergänzungen, die nach dem Verbandsbeschluß aus der im vorigen Monat bezahlten Wirtschaftsbefehle hergeleitet werden können, enthalten sein. Die Regelung von Sonderfällen wird im einzelnen mit den Ausschüssen erfolgen.

Der Schiedsspruch für die Omnibusangestellten.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts hat in Sachen des Berliner Omnibus-Angestellten-Ausstandes am Sonnabend unter dem Vorsitz des Magistratsrats von Schulz nach längeren Verhandlungen, an denen teilnahmen: Direktor Karl Permet und St. Velle als Arbeitgebervertreter, Richter G. Moak und Stadtverordneter Ad. Müller als Arbeitnehmervertreter, sowie Direktor Kaufmann von der Omnibus-A.G., folgenden Schiedsspruch gefällt: 1. Sämtliche beschäftigten Arbeiter, die durch den Arbeiterausschuss des Fahrpersonals vertreten sind, erhalten einen nicht pensionsfähigen Lohnzuschlag von monatlich je 60 Mark bis Ende dieses Jahres. 2. Nach der vollen Wiederaufnahme der Arbeit erhalten die genannten Arbeiter sofort 400 Mark gezahlt. Von diesem Betrage werden für die Zeit bis zum 30. Juni d. J. 200 Mark als Nachzahlung gewährt und 180 Mark vorschussweise für die Monate Juli, August, September ausgezahlt. Von diesen 180 Mark sollen je 60 R. monatlich auf den Lohn als Nachzahlung in Anrechnung gebracht werden. Der bisher gültige Tarifvertrag wird bis Ende Dezember 1919 verlängert. Die Parteien haben vorbehaltlich der Zustimmung der Auftraggeber diesen Schiedsspruch angenommen. Der Vertrag soll heute früh wieder aufgenommen werden. Für die Monate Oktober bis Dezember d. J. erhalten die Angestellten je 60 Mark.

Die Aufnahme des Verkehrs.

Das die Aufnahme des Verkehrs der Straßenbahn stellt an, so kann nicht damit gerechnet werden, daß so schnell der volle Betrieb durchgeführt werden kann. Die unermüdet lange Dauer des Streiks ist für das eingebettete und das rollende Material von großem Nachteil gewesen. Es müssen über 600 Kilometer Weite vom eingepreßten Schmutz gereinigt werden, die zahlreichen Weichen sind zu säubern und zu regulieren und nicht zuletzt müssen nahezu 2000 Straßenbahnwagen wieder lauffähig gemacht werden. Diese Arbeiten erfordern eine geraume Zeit zu ihrer Ausführung, so daß es vorerst nur möglich sein wird, einen Teil der Hauptlinien wieder dem öffentlichen Verkehr freizugeben.

Die Hochbahngesellschaft teilt mit, daß aus ähnlichen Gründen ihr Betrieb erst 24 Stunden nach Wiederbeginn der Arbeit aufgenommen werden kann. Demnach dürfte kaum vor Dienstag die Verkehrsnöte völlig beseitigt sein.

Die Lage der Verkehrsarbeiter.

Selten noch ist ein Streik, den eine Arbeitergruppe zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage geführt hat, so angefeindet worden, wie der Berliner Verkehrsstreik. Mit den perfidesten Mitteln suchte die bürgerliche Presse, einschließlich des sich noch Arbeiterblatt nennenden „Vorwärts“, eine Rogruftimmung zu erzeugen. Vom „Vorwärts“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ hüteten sich diese Blätter, odgleich es für sie eine Kleinigkeit gewesen wäre, sich über die Lohnverhältnisse der Verkehrsarbeiter zu informieren, das Publikum über die wahren Beweggründe der Streikbewegung zu unterrichten. Die „Deutsche Tageszeitung“ forderte das Publikum auf, die Streikenden auf der Straße einfach niederzuknüppeln. Der reaktionäre Berliner Bürgerverlangte von der Regierung, daß sie Streikbrechergarden aus den Reihen der Techniker und des Militärs entsenden solle. Das sind alles Dinge, die die Arbeiterschaft zwar gewöhnt ist, die aber nichtsweniger einfach beiseite gelegt werden dürfen.

Wo nun alle Reaktionen auf dem Plan erschienen sind, da darf auch das Konkurrenzorgan des „Vorwärts“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, nicht fehlen. Mit ihrem „Vorschlag der allgemeinen Dienstpflicht für lebenswichtige Betriebe“ beabsichtigt sie die Arbeiter dieser Betriebe rechtlos zu machen, sie der Willkür der Unternehmer preiszugeben. Indem sie von der Auffassung ausgeht, daß die Tätigkeit eines Fahrers oder Schaffners leicht erlernbar sei, meint sie, daß bei einem künftigen Streik die Schwierigkeiten dadurch beseitigt werden könnten, daß Laien an Stelle der Fachleute treten. Die Zeitung sagt dann weiter:

Dieser Gedanke ist unserer Trachtend entwicklungsfähig. Gätten wir eine allgemeine Dienstpflicht für lebenswichtige Betriebe — die Verkehrsmittel fallen gewisslos unter diese Kategorie —, dann wäre eine Stilllegung der Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel unmöglich, weil sofort die für den betreffenden Dienst ausgebildeten Laien an Stelle der Fachleute treten könnten. Zum mindesten wäre also für die Dauer der Verhandlungen mit den Streikenden die notwendige Aufrechterhaltung der betreffenden Betriebe gesichert. Die Eisenbahnstreiks und der Berliner Verkehrsstreik haben gezeigt, daß die Streiks von den mehr oder weniger „gelernten“ Arbeitern und unteren technischen Angestellten ausgehen und von den höheren Angestellten und Beamten verworfen werden. Es würde sich also in der Hauptsache darum handeln, Erwerb zu schaffen für Arbeiter und Angestellte, deren Tätigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit erlernbar ist. Das wäre aber auch die hier erörterte allgemeine Dienstpflicht leicht zu erreichen.

Wie bei der früheren Militärpflicht müßte jeder Deutsche gezwungen sein, sich für eine soweit möglich schwer Qualifikation verwandte Tätigkeit eines lebenswichtigen Betriebes — Verkehrsmittel, Gas-, Elektrizitätswerke usw. — ausbilden zu lassen. Wie hätten dann eine „Ersatzarmee“, die bei Streiks zur Not an Stelle der Streikenden treten könnte und müßte.

Allein diese Forderung würde aber die Gefahr der Streiks in lebenswichtigen Betrieben fast herabwundern, wenn nicht ganz ausschalten, weil dem Streik von vornherein das Erfolg versprechende Druckmittel fehlt.

Die Arbeiterschaft soll also nach diesem Plan militarisiert. Streiks unter Strafe gestellt und unendlich gemacht

werden. Man glaubt beim Lesen solcher „Vorschläge“ in die Zeit Buttkamers oder der seligen Rudolphs vorläge zurückversetzt zu sein.

Zur Beantwortung der Frage aber, ob die Forderungen der Berliner Verkehrsarbeiter berechnungsfähig sind, diene folgende Gegenüberstellung: Ein kommunalpolitischer Arbeiter selbstbestelltes Monatsbudget einer aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehenden Familie in Elberfeld sieht so aus:

112 Pfd. Kartoffeln	80,20 R.
72 „ Brot	27,60 „
8 „ Parmelade	20 „
2 „ Butter	18 „
4 „ Speck	81,20 „
4,8 „ Zucker	2,88 „
0,4 „ Fleisch	22 „
8 „ Fisch	28 „
4 „ Kaffee-Tee	4,64 „
8 „ Verschiedene Nahrungsmittel: Erbsen, Graupen	12 „
60 „ Gemüse	42 „
Gewürze, Seife, Wasch- und Putzmittel, Nähzeug	50 „
Miete (3 Zimmer)	30 „
Beleuchtung und Heizung	25 „
Straßenbahn	10 „
Schuhreparatur, Wäsche, Strümpfe, Kleiderverschleiß	60 „
Nachlage f. Neuanschaff. Steuer f. 6000 R. Einkommen	88 „
Haushaltsmaterial	80 „
Abperspfege	0 „

Medien wir nun die Berliner Ausgaben für Miete, Steuern usw. hinzu, so ergibt sich eine monatliche Gesamtausgabe von weit über 600 Mark. Hierbei ist noch zu beachten, daß die obigen Notationen einen Ernährungsstandard darstellen, den unsere Mediziner als Existenzminimum bezeichnen, und der Verbrauch von Schlafmittelware dabei nicht verrechnet ist.

Gewerkschaftliches.

Die gemäßigten Eisenbahner rufen den Schlichtungsausschuß an.

Im Gewerkschaftshaus fand Sonnabend vormittag eine Versammlung der wegen des Streiks entlassenen Eisenbahner statt. Bezirksleiter Schulz vom Deutschen Eisenbahnerverband gab der Enttäuschung der Eisenbahner über die Verhandlungen Ausdruck. Man sei in der Erwartung in die Betriebe gegangen, daß niemand gemäßigert werde, aber man sei bitter enttäuscht worden. Der einen Tag später kam, wurde entlassen, sogar solche, die schon Stunden und sogar Tage wieder gearbeitet. Redner verlas ein Telegramm des Eisenbahndirektionspräsidenten Müllers, das folgenden Wortlaut hat und an die einzelnen Dienststellen erging:

„Bücherei, die am 3. Juli dem Dienste ferngeblieben, nachträglich wieder einstellen nach weiter beschlüssen, bevor Eisenbahndirektion Entschuldigungsgründe geprüft hat. Alle Befehle mit Verlaß nach hier weitergehen. Vertrauens- und vor Streikbeginn Vertrauen angenommen.“

Der Eisenbahndirektionspräsident Müllers sagte bei einer Besprechung, von einer Wiedereinstellung könne gar keine Rede sein, er wolle sich auf den Ministerbesch. Gesuche auf Wiedereinstellung sollten geprüft werden. Besonders rigoros ist man gegen die Lehrlinge vorgegangen, die man ebenfalls ganz einfach entließ und sie so der Straße überantwortete.

Als ganz rigoros kennzeichnet sich das Vorgehen der Eisenbahnerverwaltung auch noch dadurch, daß den Gemäßigten auch die Erwerbslosenunterstützung vorenthalten wird. Schulz bezeichnet dies als eine politische Dummheit des Ministers. Durch diese Maßnahmen drücke man dem Streik erst den politischen Charakter auf. Schulz wandte sich weiter heftig gegen den „Vorwärts“, der seine Verurteilung über die Einstellung der Lebensmittelausgabe demagogisch ausgeführt habe und jeder Denunziation ein williges Ohr leiste. Der Redner sprach sich dahin aus, daß man nur auf rechtlicher Grundlage vorgehen könne. Auf jeden Fall müsse den entlassenen Kollegen die vierzehntägige Kündigungsgeld bezahlt werden.

In der Diskussion wurde mehrfach hervorgehoben, daß die Eisenbahner wieder aus den Betrieben gehen sollten, bis die entlassenen Kollegen wieder eingestellt seien. Auch kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß man die Gelegenheit benutzte, die Kollegen, die sich politisch betätigen, hinauszurufen, ganz gleich, ob was gegen sie vorlag oder nicht. Auch gegen die Verhandlungsleitung wurden Vorwürfe erhoben. Der Zentralvorstand habe den Streik abgemürtet. Es wurde dann gemäß den Ausführungen Schulz eine viergliedrige Kommission gewählt, die mit dem Schlichtungsausschuß verhandeln soll. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Zentralvorstände der beteiligten Verbände werden ersucht, mit aller Energie dafür einzusetzen, daß die Gemäßigten wieder eingestellt werden.

Wie man die Eisenbahner über den Will, zeigt folgendes Beispiel: In den Betrieben werden den Eisenbahner billige Lebensmittel offeriert, und zwar: 1 Pfd. Schmalz und 1 Pfd. Speck zusammen 10 R., 1 Pfd. Hirse oder Weizen, 1 Pfd. Rüböl oder grüne Erbsen, 1 Pfd. Bohnen und ein Stück Handwaschlappen zusammen 7,70 R., 1 Pfd. ausländisches Fleisch zu 4,50 R. Hinzugewagt wird den Eisenbahner, daß sie darüber Stillstehenden bewahren sollen, da sonst die übrige Bevölkerung heunruhigt würde. Diese Lebensmittel gelangen in Groß-Berlin, in Frankfurt a. O. und Witten zur Ausgabe.

So sehr den Eisenbahner billige Lebensmittel zu können sind, so muß doch auf die Kleinliche Politik der Regierung hingewiesen werden, die erst eine große Lohnbewegung brutal niederschlägt und dann hinterher unter Ausschluß der Öffentlichkeit den Arbeitern Brosamen hinwirft.

Der Schiedsspruch im Bankverweh abgelehnt.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mitteilt, ist der gegen die Stimmen der Arbeitnehmer-Beitrag am 5. Juli im Reichsarbeitministerium gefällte Schiedsspruch in sämtlichen Betriebsversammlungen der beteiligten Bankinstitute mit seltener Einmütigkeit abgelehnt worden. Sämtliche Versammlungen haben ihre Protesten und Arbeiterausschüsse beauftragt, von den Bankleitungen die sofortige Auszahlung eines Entschädigungssumme für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober in Höhe von 1500 R. für die Verheirateten und 1000 R. für die Ledigen zu verlangen.

Der gleiche Beschluß ist noch einem Referat von Herr von der über 9000 Mitglieder starken Ortsgruppe Hamburg gefaßt worden. In der gleichen Versammlung hat sich die Ortsgruppe Hamburg vollständig auf den Boden der im Fall Emunds beschloß der Berliner Vertrauensleute im Herrenhause gefaßten Resolution gestellt.

